

## BERICHTE UND DOKUMENTE

---

### Von staatlich garantierter zu inoffizieller Beschäftigung Zur postsowjetischen Arbeitsmarktsituation in Rußland

Manfred Füllsack

---

„Gorod nevest“ – „Die Stadt der Bräute“ wurde Ivanovo, das circa 300 Kilometer nordöstlich von Moskau liegt, in der Sowjetzeit genannt. Schuld an diesem eigenartigen Beinamen war die ansässige Textilindustrie, die, weil sie hauptsächlich jüngere Frauen als Arbeitskräfte beschäftigte, für einen stark überhöhten Frauenanteil unter der hiesigen Bevölkerung sorgte. So berühmt soll der Überschuß an jungen Mädchen in der Region gewesen sein, daß alleinstehende Männer sogar aus Moskau zur Braut-schau hierher reisten.

Auch heute sind zwar in den Straßen von Ivanovo noch vorwiegend Frauen zu sehen. Als potentielle Ehepartnerinnen scheint sich für sie allerdings niemand mehr zu interessieren. Der Großteil der Ivanover Frauen bevölkert die Straßen der Stadt gegenwärtig vor allem, um sich einen Lebensunterhalt zu verschaffen. Und wenn dafür nicht bereits einfach gebettelt wird, so wird in der Regel versucht, alle möglichen brauch- und nicht mehr brauchbaren Dinge zu verkaufen. Auf den größeren Plätzen von Ivanovo stehen die ehemaligen Textilarbeiterin-

nen heute dicht an dicht in langen Reihen und bieten von „Semeëki“ – Sonnenblumenkernen – und Pilzen, über gebrauchten Tand und billig aus China oder Vietnam importierte Kleidung bis hin zu jungen Hunden oder Katzen alle möglichen und unmöglichen Waren feil, in der Hoffnung wenigstens ein paar Rubel Gewinn zu machen, bevor sie erneut von den regelmäßig patrouillierenden Milizbeamten vertrieben werden.

Ihre einstigen Arbeitgeber, die riesigen sowjetischen Textilkombinate, die mit so klangvollen Namen wie „Rotes Gewebe“ oder „Im Namen des 8. März“ an die einst als revolutionär gepriesene Einbeziehung der Frauen in die volkswirtschaftliche Produktion erinnern, haben längst zugesperrt. Mit ihren unrationellen und veralteten Produktionsstrukturen konnten sie, die einst 30 Prozent des sowjetischen Textilbedarfs deckten, unter den Bedingungen des freien Marktes nicht konkurrenzfähig produzieren. War einst die Baumwolle, die sie verarbeiteten, aus der Sowjetrepublik Usbekistan zentralgeplant und preisgeregelt nach Ivanovo gebracht worden, um hier ebenso zentralgeplant weiterverkauft zu werden, so muß sie seit der postsowjetischen Wende im unabhängigen Staat Usbekistan zu Weltmarktpreisen gekauft werden. Verlassen von den allgegenwärtigen Ministerien „Gossnab“ und „Goscen“, die in der Sowjetunion die Verteilung und die Preise der Güter regelten, blieb den Ivanover Textilkombinaten nichts anderes übrig, als nach und nach, beginnend mit den älteren Frauen, ihre Arbeitskräfte abzubauen, die den Fabriken angeschlossenen Herbergen, in denen die Frauen untergebracht waren, zu schließen und die Maschinen und Räumlichkeiten, so sich noch jemand für sie interessierte, zu verkaufen oder zu

vermieten. Über der Stadt liegt seitdem eine für die Bevölkerung befremdliche Stille, eine Grabesstille, die von keinem Maschinen- oder Webstuhlärm mehr gestört wird. Und die aus Sibirien, aus Weißrußland, Moldavien, ja sogar aus Vietnam hierhergerufenen Frauen, die die Stadt durch ihren hohen Bevölkerungsanteil berühmt gemacht haben, sind heute arbeitslos.

## I.

Der Schrecken der Arbeitslosigkeit ist plötzlich und von den Betroffenen reichlich unerwartet über die postsowjetische Gesellschaft gekommen. Noch Anfang 1992 waren gerade einmal 0,1 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung Rußlands als arbeitslos registriert. Die einstmals verfassungsgemäß<sup>1</sup> „vollbeschäftigte“ Gesellschaft der Sowjetunion hatte zwar damals die Notwendigkeit einer grundlegenden wirtschaftlichen Umstrukturierung eingesehen und wohl auch gewisse Umstellungen vertrauter Alltagsgewohnheiten erwartet. Die Vehemenz der Veränderungen, die mit der weitgehenden Freigabe der Marktkräfte durch die sogenannte „Schocktherapie-Politik“ Anfang des Jahres 1992 eingesetzt hatten, war aber für viele dann doch überraschend gekommen.

Von Ökonomen war die Arbeitslosigkeit neben den vielen anderen Konsequenzen der Transformation der administrierten Wirtschaft zum Markt zunächst als notwendiges Übel angesehen worden, das sich, so meinten damals viele, wenn die Produktion erst wieder in Gang käme, in einem akzeptablen Rahmen halten würde. Und auch die Bevölkerung selbst hat damals die neue Verfassung, die dann unter anderem festhielt, daß die Arbeit nun frei sei, also nicht mehr vom Staat garantiert wird, in einer Volksabstimmung im Dezember 1993 goutiert.<sup>2</sup> Daß die Produktionsraten Rußlands aber so nachhaltig in den Keller fallen würden, daß so viele einstmals als

Stolz der sozialistischen Arbeit gepriesene Betriebe und Unternehmen bankrott gehen würden und infolgedessen ganze Landstriche Rußlands weitgehend ohne Arbeitsplätze übrigbleiben würden, das hatten wohl selbst Pessimisten vorerst nicht zu befürchten gewagt.

Dabei muß es aber sogar noch als positiver Umstand angesehen werden, daß die postsowjetische Arbeitslosigkeit einstweilen nur vom drastischen Produktionsrückgang der russischen Wirtschaft verursacht wird und nicht auch, wie sonst überall in den hochindustrialisierten Staaten, von fortschreitender Produktionsrationalisierung und der Abwanderung der Arbeit in Billiglohn- und Billigsteuerländer. Die Folgen der Globalisierung sind in Rußland heute erst in einigen wenigen Branchen, wie etwa der Kommunikationstechnologie oder der Wissenschaft, wirklich deutlich zu spüren. Was die Russen einstweilen vor allem arbeitslos macht, ist vielmehr der Umstand, daß kaum eine Branche der russischen Wirtschaft in den letzten Jahren die Anzahl von Beschäftigten brauchen konnte, die ihr aus der Sowjetzeit vererbt wurde.

Neben der Textilindustrie im Ivanovo-Distrikt ist da zunächst einmal der riesige militärisch-industrielle Komplex der russischen Verteidigungsindustrie, der während der Sowjetzeit, in der die Welt in zwei hochgerüstete Machtblöcke geteilt war und die Sowjetunion massiv Waffen in ihre Satellitenstaaten exportierte, als prestigeträchtiger und aufgrund der nicht abreißen lassen Staatsaufträge florierender Bereich galt, der ein Zentrum der russischen Industriestruktur bildete. Mit der „Schocktherapie-Politik“ von Jegor Gajdar, die auf eine radikale Entmilitarisierung der russischen Wirtschaft ausgelegt war und die Rüstungsausgaben unvermittelt um zwei Drittel kürzte, war aber ein massiver Rückgang der Staatsaufträge einhergegangen. Ende der neunziger Jahre hat die russische Rüstungsindustrie nur mehr einen Bruch-

teil des Volumens von 1990 produziert.<sup>3</sup> Obwohl die russische Regierung heute immer wieder verzweifelt versucht, Aufträge für ihre Verteidigungsindustrie einzufahren – womit sich zum Teil ihre Stellung im Jugoslawien-Konflikt, aber auch in Tschetschenien erklären läßt –, sind die Kassen der Rüstungsindustrie so leer, daß sie die ehemaligen Beschäftigungszahlen einfach nicht halten kann und darüber hinaus neben den Löhnen ihrer Noch-Bediensteten immer wieder auch die enormen Energiekosten ihrer reduzierten Produktion schuldig bleiben muß.<sup>4</sup>

Ein weiteres Beispiel für den folgenreichen postsowjetischen Produktionsrückgang stellen die Minenbetriebe in den großen russischen Kohlegebieten Kusbass und Donbass dar. Die äußerst arbeitsintensive Art der Kohleförderung, die dort betrieben wurde, wäre heute auch ohne das Sinken der Weltkohlepreise nicht mehr rentabel. Viele der Minen befinden sich darüber hinaus noch in technisch sehr schlechtem Zustand und müßten dringend rekonstruiert werden. Westliche Kreditoren knüpfen ihre Kreditzusagen seit langem bereits an die Forderung, diese unrentablen, aber äußerst beschäftigungsintensiven Minen aufzugeben, was die russische Regierung – zwar schweren Herzens, aber doch – nach und nach tut.<sup>5</sup>

Und schließlich liefert auch die russische Landwirtschaft ein trauriges Beispiel für den postsowjetischen Produktionsrückgang. Anfang 1998 stand deren Produktionsvolumen auf dem Niveau der Sowjetunion des Jahres 1950<sup>6</sup>, und ein Großteil der Kolchosen und Sovchosen hatte die Bewirtschaftung ihrer Felder bereits eingestellt. Die offizielle Zahl der Arbeitslosen im sogenannten „Agrar-Industriellen Komplex“ hat sich seit 1991 vervierfacht,<sup>7</sup> und was an russischen landwirtschaftlichen Produkten heute noch auf den Märkten verkauft wird, kommt immer mehr von den Tausenden Klein- und Gartenwirtschaften, auf deren

Bewirtschaftung sich die ehemaligen Kolchosangestellten notgedrungen zurückgezogen haben.

Ein Hauptgrund für den Rückgang der Produktion, insbesondere auch im landwirtschaftlichen Bereich, sind natürlich die fehlenden Mittel zur Erneuerung der Produktionsstrukturen. Nach wie vor fließen Investitionen in die russische Wirtschaft eher in den Handelssektor oder, wie bis vor kurzem hauptsächlich, in den Finanzsektor. Investitionen in die Produktion werden in der Regel als zu riskant und zu wenig gewinnträchtig betrachtet. Da darüber hinaus auch die wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen massiv vom Personalabbau betroffen sind – im Schnitt sanken die Belegschaftszahlen in diesem Bereich seit Beginn der Reformen um fast 50 Prozent<sup>8</sup> –, fehlen der russischen Produktion neben finanziellen auch innovative Impulse. Als Folge davon können die überkommenen Unternehmensstrukturen und die veralteten Produktionsanlagen nicht erneuert werden. Ohne Chance, konkurrenzfähig zu produzieren, bleibt den Unternehmen damit meist nur, ihre Belegschaften abzubauen.

Rechnet man zu diesen, durch die reduzierte Produktion freigesetzten Arbeitskräften noch die Tausenden von – in der russischen Presse gewöhnlich als „Bjudǎniki“ bezeichneten – Staatsbediensteten hinzu, die im überdimensionierten exsowjetischen Verwaltungs-, Bildungs- und Kulturapparat beschäftigt sind und nun unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht mehr bezahlt werden können,<sup>9</sup> so erhält man einen Eindruck vom Ausmaß des gegenwärtigen und des noch bevorstehenden postsowjetischen Personalabbaus.

## II.

Zahlen, die diesen Personalabbau belegen sollen, werden heute in Rußland gern und reichhaltig zitiert.<sup>10</sup> Allerdings sorgen gewisse Spezifika der postso-

wjetischen Situation dafür, daß Statistiken über die Beschäftigungsverhältnisse in Rußland nur sehr bedingte Aussagekraft haben. Zunächst einmal fällt an ihnen nämlich ins Auge, daß die offiziell registrierte Arbeitslosigkeit bei weitem nicht so hoch ist, wie es der Rückgang der Produktionsraten eigentlich erwarten ließe. Auf jedes Prozent verminderten Produktionsoutput ist seit dem Beginn der Reformen gerade einmal ein halbes Prozent mehr Arbeitslosigkeit gekommen.<sup>11</sup> Darüber hinaus haben in den letzten Jahren verschiedene Distrikte Rußlands sogar einen beachtlichen Rückgang ihrer Arbeitslosenzahlen gemeldet. Der eingangs erwähnte Ivanovo-Distrikt etwa meldete ein Fallen seiner Arbeitslosenzahlen um mehr als 5 Prozentpunkte – von beinahe 12 Prozent Anfang 1996 auf unter 6,7 Prozent Ende 1997. Die Inghuschetische Republik, die in den Jahren davor stets mit Rekordarbeitslosenzahlen gegläntzt hatte, gab für denselben Zeitraum gar einen Rückgang von über 15 Prozentpunkten an, von 23,3 auf 7,5 Prozent.<sup>12</sup> Folgt man diesen Zahlen, so könnte man zu dem Schluß kommen, daß ein Problem der postsowjetischen Arbeitslosigkeit gar nicht existiert.

Dabei handelt es sich, obwohl sich natürlich auch russische Politiker heute nicht ungern mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit in ihrem Verwaltungsbereich profilieren, bei diesen Zahlen keineswegs um Fälschungen. Ein Grund für die spezifische Schräglage der russischen Statistiken ist vielmehr die hohe *verdeckte Arbeitslosigkeit*, die die postsowjetische Situation prägt. Die zitierten Zahlen geben nur die beim „Sluĉba zanjatosti“, beim Arbeitsmarktservice der Russischen Föderation, *registrierten* Arbeitslosen wieder. Das Heer von Teilzeitbeschäftigten oder von ihren Unternehmen auf „administrativen“ – und das heißt unbezahlten – „Urlaub“ („administrativnyj otpusk“) Geschickten erwähnen sie nicht.

Geschätzt wird, daß die Zahl der ver-

deckt Arbeitslosen oder, wie sie auch genannt werden, der „unvollständig“ oder „marginal Beschäftigten“ mindestens um das Vierfache höher liegt als die Zahl der registrierten Arbeitslosen.<sup>13</sup> Bereits 1996 sollen 7 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung Rußlands von unvollständiger Beschäftigung und 14 Prozent zumindest zwischenzeitlich von „administrativem Urlaub“ betroffen gewesen sein.<sup>14</sup>

Warum die russischen Unternehmen dazu neigen, ihre Angestellten, wenn sie sie nicht mehr brauchen oder bezahlen können, nicht gleich zu entlassen, sondern sie „für bessere Zeiten“ aufzubewahren, hat mehrere Gründe. Zum einen glauben vor allem die Unternehmensleitungen vieler ehemals staatlicher Großbetriebe tatsächlich noch immer an die Möglichkeit einer Wende zurück zu einer staatlich administrierten Wirtschaftspolitik, die etwa ein Wahlsieg der Kommunistischen Partei zur Folge haben könnte. Zum anderen unterstützt auch die Gesetzeslage die Politik, Arbeitsnehmer nicht zu entlassen, sondern sie auf unbezahlten Urlaub zu schicken. Weil die Unternehmen ihren Angestellten, sofern sie sie selbst entlassen, zwei Monatsgehälter, bei Selbstkündigung aber, die ja nach mehrmonatigem unbezahlten Urlaub dann nicht mehr unwahrscheinlich ist, *nichts* ausbezahlen müssen, ist es für sie einfach billiger, Belegschaften zunächst für unbestimmte Zeit auf „Urlaub“ zu schicken.

Interessanterweise spielen aber viele russische Arbeitsnehmer bei dieser Strategie sogar mit und kündigen, etwa wegen zu geringer oder nicht ausbezahlter Löhne, auch heute noch ihren Arbeitsplatz oftmals selbst.<sup>15</sup> Die Situation der letzten Jahre lehrt sie zwar zunehmend, ihren Arbeitsplatz zu schätzen, trotzdem zeigte eine soziologische Umfrage vor kurzem,<sup>16</sup> daß nur wenige Betroffene den Wert ihrer Stelle oder auch den Wert ihrer Qualifikation am Arbeitsmarkt richtig beurteilen können. Die sowjetische Vollbeschäftigungspolitik hatte

ihnen keine Chance gegeben, Erfahrungen mit den Spezifika moderner Arbeitsmarktbedingungen zu sammeln.

### III.

Allerdings sorgt dann die wirtschaftliche Situation Rußlands bei den Betroffenen doch meist sehr schnell für schmerzhaften Realitätskontakt. Die relativ guten Ausbildungen, über die viele der russischen Arbeitslosen aufgrund des hohen, aber eher traditionell orientierten Bildungsniveaus in der Sowjetunion verfügen, sind heute keine Garantie mehr, um schnell einen neuen Job zu finden. Gerade in den Industriezweigen, in denen die „verdeckte Arbeitslosigkeit“ am höchsten ist, also in der Maschinenbau- und Leichtindustrie, sind unqualifizierte Hilfsarbeiter, die die stillstehenden Maschinen warten und die Fabriksanlagen vor Plünderungen bewachen können, weitaus gefragter als qualifizierte Angestellte wie Techniker oder Ingenieur. Auch die verschiedenen Kulturarbeiter, wie sie die Sowjetunion von der Lehrerin bis zur Bibliothekarin im Überschuß produziert hat, stehen heute immer wieder völlig überrascht vor dem Umstand, daß sie keiner mehr braucht. Und im Zuge der Augustkrise des Jahres 1998 hat sich gezeigt, daß sogar die Arbeitsplätze der sogenannten „Neuen Russen“ keineswegs so sicher waren, wie von diesen zuvor angenommen. Nach der Krise wurden in Rußland an die 200 Banken geschlossen, circa 600 Bankiers verloren ihre Stelle, und sogar die staatliche „Sberbank“ mußte eine Reihe ihrer Mitarbeiter entlassen.<sup>17</sup>

Auf der anderen Seite bleiben aber auch viele Vakanzen für hochspezialisierte Tätigkeiten, etwa im Finanzbereich oder in der Kommunikationstechnologie, immer wieder unbesetzt, weil die Qualifikationen der Arbeitssuchenden nicht der Nachfrage am Arbeitsmarkt entsprechen. In Moskau sollen am Vorabend der Augustkrise 34.000 Ar-

beitslosen noch 65.000 Vakanzen gegenübergestanden haben, die allerdings nahezu alle Qualifikationen erfordert hätten, über die kaum einer der Arbeitslosen verfügte.<sup>18</sup>

Aber nicht nur, daß ihnen, wie früher gewohnt, die staatlichen Arbeitsämter keine Jobs mehr vermitteln können, die ihren Ausbildungen entsprechen, müssen die russischen Arbeitslosen heute immer öfter auch feststellen, daß sie in ihrer Lage von der schützenden Hand des Staates verlassen worden sind. Die staatlichen Arbeitsämter, die dem Gesetz<sup>19</sup> nach jedem registrierten Arbeitslosen nach Verlust seiner Arbeit eine einjährige Unterstützung<sup>20</sup> auszahlen sollten, können ihrer Verpflichtung nämlich heute oft ebensowenig nachkommen, wie die Unternehmen der Auszahlung der Löhne. Nur in 15 Regionen Rußlands (von 89) können die Arbeitslosen-Unterstützungen zur Zeit noch halbwegs vollständig und zeitgerecht ausbezahlt werden.<sup>21</sup> Bereits 1996 hatte die mittlere Höhe der tatsächlich noch ausbezahlten Arbeitslosenunterstützungen nur mehr 23 Prozent der durchschnittlichen Gehälter betragen. 40 Prozent derjenigen, die zumindest noch irgendetwas bekamen, erhielten weniger als das gesetzlich festgesetzte Existenzminimum, und 54 Prozent von denen, die ein Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung hatten, erhielten gar nichts.<sup>22</sup>

Die Illiquidität der staatlichen Stellen und die wirtschaftliche Situation der Unternehmen sind dabei aufs engste verbunden. In Rußland werden nämlich die Töpfe des Arbeitsmarktservices von den Arbeitgebern und nicht von den Arbeitnehmern gefüllt. 1,5 Prozent (vor 1996 2 Prozent) des Arbeitslohns sollten dem Gesetz nach monatlich an die entsprechenden Behördenstellen abgeführt werden, wobei vorgesehen ist, daß 80 Prozent der Mittel der Arbeitsämter in der jeweiligen Region eingehoben und nur 20 Prozent überregional umverteilt werden. Dabei sind es aber natürlich gerade die

Arbeitgeber, also etwa die exsowjetischen Großunternehmen und Betriebe, die mit ihren Produktionsausfällen und der daraus folgenden Zahlungsunfähigkeit für die hohen Arbeitslosenraten verantwortlich sind. Wenn also eine Region, wie etwa die eingangs erwähnte Ivanovo-Region, von einer massiven Pleitewelle ihrer in der Sowjetzeit noch dazu monopolistisch konzentrierten Industrie betroffen ist und damit die Arbeitslosen vor den Arbeitsämtern Schlange stehen, weil keine alternativen Arbeitsplätze in der Region zu finden sind, dann fließen gleichzeitig auch keinerlei Gelder mehr in die Töpfe der verantwortlichen Stellen, weil die Unternehmen, die dafür sorgen sollten, eben nicht mehr zahlungsfähig sind oder weil es sie gar nicht mehr gibt. Die Schulden der russischen Unternehmen gegenüber den regionalen Beschäftigungsfonds sowie deren Schulden gegenüber den Arbeitslosen sind mittlerweile in schwindelnde Höhen gewachsen. Manche Arbeitsämter in besonders betroffenen Gebieten mußten sogar schon ihren eigenen Angestellten die Löhne schuldig bleiben, obwohl diese aufgrund des anwachsenden Stroms von Arbeitslosen zu permanenter nervenaufreibender Mehrarbeit gezwungen waren. Mitunter hatten die Beamten bis zu neunzig Klienten am Tag zu erklären, daß Unterstützungen zur Zeit nicht ausbezahlt werden können.

In denjenigen Regionen, in denen es heute noch möglich ist, Arbeitslosengelder zu verteilen, werden sie gewöhnlich an so viele Bedingungen – etwa an den Nichtbesitz eines eigenen Kleingartens, an die Annahme jeder beliebigen Arbeit oder an die Leistung eines Kommunaldienstes<sup>23</sup> – gebunden, daß sich die Betroffenen fast sicher sein können, ohnehin nicht in den Genuß einer Unterstützung zu kommen. Da aufgrund der Mittelknappheit darüber hinaus in vielen Regionen auch Umschulungsmaßnahmen nicht mehr durchgeführt werden können, sehen sich heute immer weniger Arbeits-

lose veranlaßt, sich beim staatlichen Arbeitsmarktservice registrieren zu lassen. Und dies erhöht natürlich den Anteil der verdeckt Arbeitslosen und beschönigt die offiziellen Zahlen der staatlichen Stellen. Gerade in Vorwahlkampfzeiten schmücken sich dann nicht wenige russische Politiker gerne mit den angeblichen Erfolgen ihrer Beschäftigungspolitik.<sup>24</sup>

#### IV.

Gerade diese kurzsichtige Reaktion treibt aber die Beschäftigungsverhältnisse Rußlands immer mehr in die Grauzone. Schon die Millionen von ehemaligen Kolchosarbeitern, die heute, nachdem ihr Betrieb bankrott gegangen ist, ihren Lebensbedarf auf den 600 Quadratmetern ihres Kleingartens erwirtschaften und ihren Überschuß auf den städtischen Märkten und Plätzen oder entlang von Hauptverkehrsstraßen im Privathandel anbieten, werden von keinen staatlichen Strukturen mehr erfaßt. Sie zahlen in der Regel weder Steuern, noch leisten sie Sozialversicherungs- oder sonstige Abgaben und unterliegen, etwa beim Verkauf ihrer Waren, auch keinerlei Arbeiterschutzbestimmungen. Die Regierung hat außer Schätzungen darüber, daß die Produktion dieser Gartenwirtschaften in manchen Bereichen bereits an die 50 Prozent der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion Rußlands ausmacht, nicht einmal genaue Vorstellungen ihrer Anzahl.<sup>25</sup>

Das gleiche gilt für die sogenannte „Ėelnoky“-Geschäfte der tausenden Klein- und Kleinsthändler, die meist im Familienverband die städtische Bevölkerung Rußlands mit billigen Waren aus der Türkei, aus Aserbaidschan, aus Moldavien oder aus China versorgen. Weil sie beständig zwischen den Stätten von An- und Verkauf ihrer Waren hin- und herpendeln, werden sie von der russischen Presse nach dem in einem Webstuhl hin- und hergeführten Schiffchen als „Ėelnoky“ bezeichnet. Vor der

Augustkrise des Jahres 1998 war ihre Tätigkeit bereits nahezu für ein Viertel des russischen Gesamtimports verantwortlich und gab in manchen Regionen über 20 Prozent der örtlichen Bevölkerung Arbeit und Unterhalt.<sup>26</sup> Vor allem die verdeckt Arbeitslosen früherer Staatsunternehmen fanden hier ein neues Betätigungsfeld, das es ihnen erlaubte, Sozial-, Pensions-, Arbeitslosen- oder Gewerkschaftsabgaben und Steuerzahlungen zu ignorieren. Gewöhnlich wissen in dieser Branche wie in allen anderen unmittelbaren Formen der Schattenwirtschaft – illegale Alkoholerzeugung, Prostitution, Devisenspekulation etc. – weder die Arbeiter noch die Arbeitgeber über ihre Rechte und Pflichten Bescheid. Und dem nicht genug, halten auch die russische Bürokratie, die unklare Gesetzeslage und die Korruption der verantwortlichen Beamten die Betroffenen von der Leistung ihrer Abgaben und der Inanspruchnahme ihrer Rechte ab.<sup>27</sup>

Wer noch nicht völlig in die Grauzone abgesprungen ist, steht dabei nicht selten zumindest mit einem Bein bereits im inoffiziellen Bereich. Denn eine unregistrierte Zweitbeschäftigung, in der Sowjetzeit ideologisch fundiert noch als gesellschaftlich unakzeptabel angesehen, gilt heute als normale und weitverbreitete Notwendigkeit, sich über Wasser zu halten. Laut einer Untersuchung des Zentrums für Wertforschung der Russischen Akademie der Wissenschaften sollen bereits an die 50 Prozent der Russen einer in der Regel inoffiziellen Zweitbeschäftigung nachgehen.<sup>28</sup> Vor allem die zur Kompensation zu geringer oder nicht ausbezahlter Löhne angenommenen Nebentätigkeiten sollen sich seit der Wende 1992 geradezu hypertroph entwickeln. Oftmals zur Überbrückung der Zeit zwischen einem schlecht bezahlten Job und dem nächsten angenommen, werden sie meist schnell zu inoffiziellen Haupteinkommensquellen. Vor allem im Landwirtschaftssektor bleiben viele, die sich nur kurzzeitig neben-

her um eine effektivere Bewirtschaftung ihres Kleingartens bemühen wollten, mit dieser einzigen Lebensgrundlage zurück.<sup>29</sup> Die von Politikern des öfteren geäußerte Hoffnung, daß gerade dadurch die Entwicklung eines privaten Landwirtschaftssektors forciert werden könnte, scheint dabei zur Zeit nicht wirklich begründbar. Den zumeist bereits älteren Arbeitskräften des Agrarsektors fehlen die Möglichkeiten und das Verlangen, ihre privaten Bemühungen zu verstärken. Sie können aufgrund der gesetzlichen und natürlich auch aufgrund ihrer finanziellen Situation weder zusätzliches Land einfach pachten oder ankaufen, noch können sie ohne weiteres Kredite für Investitionen in Gerät, Saatgut, Vieh oder Düngemittel aufnehmen.<sup>30</sup> Für eine effektive Förderung dieser neuen Schicht potentieller Kleinunternehmer fehlt zur Zeit der gesetzliche und finanzielle Rahmen.<sup>31</sup>

So wie die Regierung stehen auch die russischen Gewerkschaften dem Umstand, daß sich die einstmals ausschließlich staatlich geregelte Arbeit mehr und mehr in eine inoffizielle Grauzone verabschiedet, noch weitgehend tatenlos gegenüber. Auf der einen Seite scheinen sich die ehemaligen sowjetischen Großgewerkschaften in ihrem, dem Namen nicht wirklich gerecht werdenden Zusammenschluß als „Föderation unabhängiger Gewerkschaften Rußlands“ (FNPR) mit der Feststellung zu fügen, daß die „Arbeitslosigkeit auf russisch“ (unregistriert zur bloßen Bedarfsdeckung arbeiten) ihren Höhepunkt bereits überschritten hätte und die Möglichkeiten des Schattengewerbes erschöpft wären.<sup>32</sup> Auf der anderen Seite fühlen sich die wenigen neuentstandenen und tatsächlich „unabhängigen“ Gewerkschaften nur für die spezifischen Berufsbranchen – etwa Fluglotsen oder Metallminenarbeiter – zuständig, die sie vertreten. Der Großteil der von Tag zu Tag lebenden Gelegenheitsarbeiter, Kleingartenbetreiber, „privaten“

Markthändler oder sonstiger inoffiziell Beschäftigter richtet sich damit mehr und mehr im rechtsfreien Raum ein, der damit wohl auch im weiteren noch mit seiner unübersehbaren Tendenz, zu wachsen, jedem Versuch, die sozialen und ökonomischen Probleme Rußlands zu lösen, entgegenwirken wird.

### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Vgl. dazu Artikel 118 der sowjetischen Verfassung von 1936.
- <sup>2</sup> Bei einer Umfrage hatten 1990 noch 27 Prozent der Befragten Arbeitslosigkeit für eine bis zu einem bestimmten Grad nützliche Folge der freien Marktwirtschaft gehalten, 1997 nur mehr 19 Prozent. Vgl. dazu Èetvernina, T.; Lakunina, L., *Napriženosť na rossijskom rynke truda i mehanizmy ee preodolenie*, in: *Voprosy Ekonomiki* 2 (1998) 115-130.
- <sup>3</sup> Vgl. Men'sikov, S., *Scenarii razvitija Voenogo-Promyšlennogo Kompleksa*, in: *Voprosy ekonomiki* 7 (1999) 86-99.
- <sup>4</sup> Vgl. dazu ausführlicher: Füllsack, M., *Ein Gordischer Knoten. Zu den Ursachen der russischen Wirtschaftskrise im Spätsommer 1998*, in: *Zeitschrift für Gemeinwirtschaft* 37/1-2 (1999) 31-43.
- <sup>5</sup> Vgl. allgemein zur Arbeitslosigkeit unter den Minenarbeitern: Borisov, V.; Kozina, I.; Tartakovskaja, I., *Problemy šachterskoj bezraborticy*, in: *Voprosy Ekonomiki* 2 (1998) 144-145.
- <sup>6</sup> Vgl. Amosov, A., *Prognoz situacii v Agropromyšlennom Komplekse do 2003 goda*, in: *Ekonomist* 12 (1998) 14-20.
- <sup>7</sup> Vgl. Jusupov, R., *Problemy zanjatosti v regional'nom APK*, in: *Ekonomika sel'skogo chozjajstva Rossii* 9 (1998) 14.
- <sup>8</sup> Vgl. Strela, G.I., *Papy - bezrabortnye, deti - besprizornye*, in: *EKO* 2 (1999) 112-115.
- <sup>9</sup> Vgl. dazu ausführlicher: Füllsack, M., *Auf Wunder hoffen... Zur tristen Situation der russischen Provinzbibliotheken*, in: *osteuropa* 6 (1999) 584-596. Vgl. auch: Füllsack, M., *Von der vollbeschäftigten zur arbeitslosen Gesellschaft? Zur Lage am postsowjetischen russischen Arbeitsmarkt*, in: *Osteuropa* 11/12 (1999) 1197-1209.
- <sup>10</sup> Vgl. dazu u.a. das Sonderheft der Ros-sijskaja Gazeta "Prava bezrabortnych graždan i pravila ich trudoustrojstva", *Vypusk* 22 (1998), das die offiziellen Statistiken bis 1998 und einige Prognosen enthält.
- <sup>11</sup> Vgl. dazu Volkov, V., 1998 god. *Ekonomika i social'naja dejstvitel'nost'*, in: *Ekonomist* 12 (1998) 3-13. Nach den offiziellen Zahlen des russischen Arbeitsmarktser-vices waren gegen Ende 1998 2,8 Millionen Menschen als arbeitslos registriert.
- <sup>12</sup> Vgl. Èetvernina, T.; Lakunina, L., *Napriženosť na rossijskom rynke truda i mehanizmy ee preodolenie* in: *Voprosy Ekonomiki* 2 (1998) 115-130.
- <sup>13</sup> Vgl. Kabalina, B.; Ryžikova, Z., *Nepolnaja zanjatost' v Rossii*, in: *Voprosy Ekonomiki* 2 (1998) 131-143.
- <sup>14</sup> Vgl. Kostrjukov, V., *Voprosy zanjatosti*, in: *Ekonomist* 8 (1998) 57-61.
- <sup>15</sup> Aus diesem Grund ist die Zahl der "genügsameren" Schwarzarbeiter aus dem "Nahen Ausland", also etwa aus der Ukraine, aus Weißrußland oder aus Moldavien, in Rußland sehr hoch.
- <sup>16</sup> Vgl. dazu: Chasaev, G. R., *Osobennosti regional'noj bezraborticy*, in: *SOCIS* 4 (1998) 41-48.
- <sup>17</sup> Vgl. *Trud*-7, Nr. 11 (22.1.1999).
- <sup>18</sup> Vgl. Kruglyj stol, *Novyj zakon o zanjatosti neobchodim kak vosduch*, in: *Èelovek i trud* 12 (1998) 37-42.
- <sup>19</sup> Das Gesetz "O zanjatosti naselenija v RF" ("Über die Beschäftigung der Bevölkerung in der Russischen Föderation") aus dem Jahr 1991, das im April 1996 mit einigen Konsequenzen revidiert worden ist.
- <sup>20</sup> In der Höhe von zunächst 75, nach den ersten drei Monaten 60 und nach weiteren vier Monaten 45 Prozent des letzten Einkommens, für das länger als drei Monate gearbeitet wurde.
- <sup>21</sup> Vgl. Kruglyj stol, *Novyj zakon o zanjatosti neobchodim kak vosduch*, in: *Èelovek i trud* 12 (1998) 37-42.
- <sup>22</sup> Vgl. dazu Èetvernina, T.; Lakunina, L., *Napriženosť na rossijskom rynke truda i mehanizmy ee preodolenie*, in: *Voprosy Ekonomiki* 2 (1998) 115-130.
- <sup>23</sup> Vgl. *Itogi* 3.8.1999.
- <sup>24</sup> Vgl. etwa die Äußerungen des stellvertreten den Arbeitsministers, in: *Segodnja* (27.3.1997).
- <sup>25</sup> Amosov, A., *Prognoz situacii v Agropromyšlennom Komplekse do 2003 goda*, in: *Ekonomist* 12 (1998) 14-20.

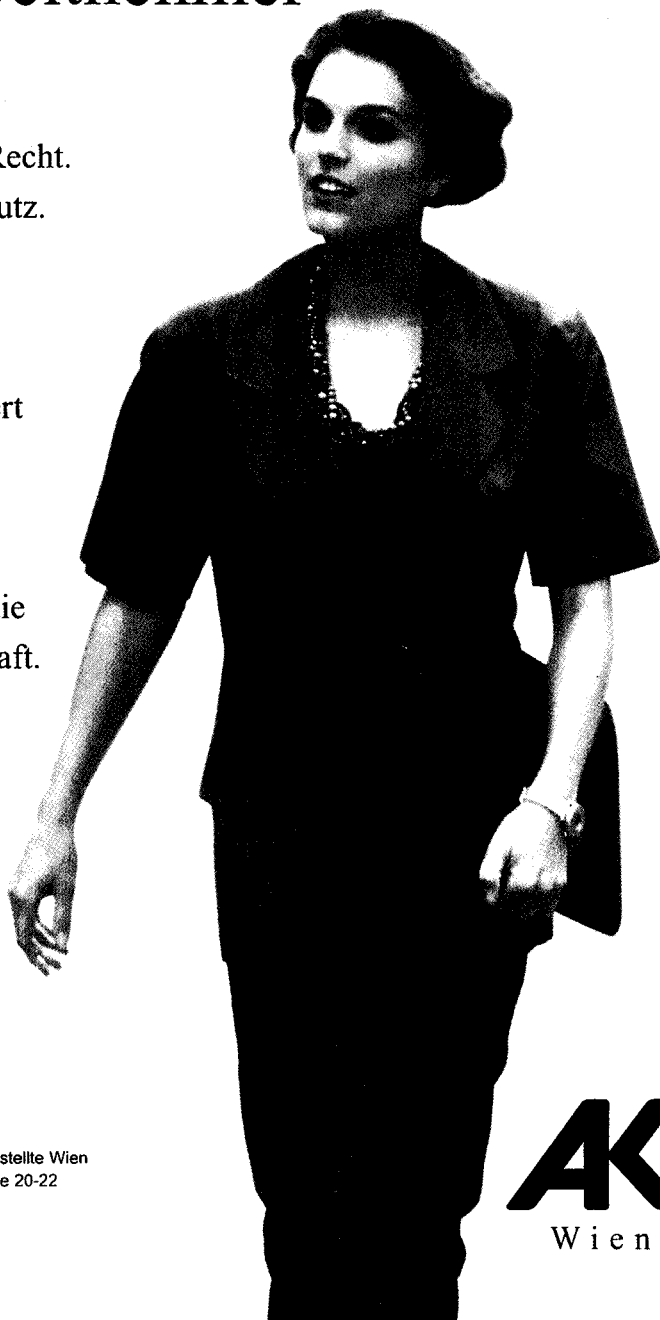


- <sup>26</sup> In Tatarstan etwa machten diese Geschäfte bereits offiziell ein Drittel des Einzelhandels aus und liefern unter anderem 70 Prozent der Bekleidungsartikel, die in der Republik verkauft werden. Vgl. Jusupov, R., *Ėlnoènyj biznes*, in: SOCIS 11 (1997).
- <sup>27</sup> Vgl. Kruglyj stol, *Ochrana truda na malychpredprijatijach*, in: *Ochrana truda i social'noe strachovanie* 6 (1998).
- <sup>28</sup> Temnickij, A.L.; Bessokirnaja, G.P., *Vtoriènaja zanjatost' i ee social'nye posledstvija*, in: SOCIS 5 (1999) 34-44.
- <sup>29</sup> Rudenko, Galina, *Vtoriènaja zanjatost' na agrarnom rynke truda*, in: *Meždunarodnij sel'skochosjajstvennyj Žurnal* 5 (1998) 51-53.
- <sup>30</sup> Kljukoviè, Zinaido, *APK v sisteme novych nalogovyh otnošenij*, in: *Meždunarodnij sel'skochosjajstvennyj Žurnal* 3 (1999) 17-21.
- <sup>31</sup> Was auch mit der nach wie vor ungeregelten Frage nach den Bodenbesitzverhältnissen in Rußland zusammenhängt. Vgl. dazu: Buzdalov, I.; Šmelev, G., *Faktory i uslovija stabilizacii i razvitija sel'skochosjajstvennogo proizvodstva*, in: *Obšèestvo i ekonomika* 4-5 (1998) 68-87.
- <sup>32</sup> Allerdings soll, so FNPR, das Heer der tatsächlich Arbeitslosen bei weitem noch nicht so groß sein, wie es sein könnte. Zu rechnen wären real nicht mit 9 Millionen, sondern mit 23,5 Millionen Arbeitslosen. (Die Gewerkschafter gehen bei ihren Arbeitslosenzahlen vom ILO-Standard aus.) Die Hälfte der gegenwärtig noch tätigen Unternehmen hält der FNPR für potentiell bankrott. Vgl. *Vremja MN* 31 (23.2.1999).

Aktiv für Sie

# Eine starke Interessenvertretung für alle Arbeitnehmer

- Die AK schafft Recht.
- Die AK gibt Schutz.
- Die AK bildet.
- Die AK sichert  
das soziale Netz.
- Die AK verhindert  
Preistreiberei.
- Die AK schützt  
die Umwelt.
- Die AK sichert die  
Sozialpartnerschaft.



Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien  
1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22  
Tel.: 501 65-0

**AK**  
W i e n